

Arme Gegend, kaum Chancen

Königstein Experte warnt vor zunehmender „Entmischung“

Dass sich ein soziales Ungleichgewicht in Deutschland ausbreitet, hat für Professor Marcel Helbig wichtige Konsequenzen für Bildungsinstitutionen. Vor dem Königsteiner Forum sprach er sich für Wohngebiete mit einer guten Mischung der Einkommen aus.

VON ULRICH BOLLER

Gute Nachbarn sind Gold wert. Wenn nicht immer im wörtlichen, so doch im übertragenen Sinn. „Kinder bekommen die Lebenschancen ihrer Nachbarschaften“, pointierte Professor Marcel Helbig das Ergebnis von Untersuchungen sowohl in den USA als auch in Deutschland.

„Je früher Familien mit Kindern in eine gute Gegend ziehen, desto besser sind deren Aussichten, sich dem positiven Umfeld anzugleichen“, sagte der Pädagoge im Foyer der Frankfurter Volksbank. Seine Aussagen untermauerte der neunte Referent des Königsteiner Forums mit tief ins Detail gehenden Studien. Darunter eine Untersuchung über das unterste Viertel der amerikanischen Bevölkerung.

Sie zeigt nach Helbigs Worten, dass Kinder in New Yorker Stadtteilen mit hoher Armutsquote wie Harlem oder Bronx deutlich schlechtere Chancen besäßen als ihre Altersgenossen in Queens oder Brooklyn. „Die ungleiche Verteilung von Einkommensgruppen in Städten führt zu geringerer Aufstiegsmobilität.“

Leben in bestimmten Gebieten ausschließlich Menschen mit hohem Einkommen und Lebensstandard, in anderen dagegen ausschließlich mit niedrigem, spricht

die Sozialwissenschaft von „Segregation“. In New York sei dieses Phänomen sehr stark zu beobachten, weniger dagegen in deutschen Städten. Dabei gebe es gleichwohl regionale Unterschiede. Demnach sind der Osten und das Ruhrgebiet stärker betroffen, Süddeutschland dagegen kaum.

In Ostdeutschland zeige sich eine deutliche Tendenz zur Entmischung. „Städte, die vor der Wende sehr homogen strukturiert waren, sind heute stärker gespalten“, sagte Helbig mit Blick auf den Verlust von Industrien und die Abwanderung von Einwohnern.

Der Umstand, dass es dort eine große Zahl leerstehender Häuser und Wohnungen gebe, führe dazu, „dass schon benachteiligte Städte oder Stadtteile Zuwanderer, Flüchtlinge ebenso wie EU-Bürger, aufnehmen müssen“, sagte der Lehrstuhlinhaber für Bildung und soziale Ungleichheit an der Universität Erfurt. Diesen Städten und deren Einwohnern werde so noch die Integrationsleistung für Zuwanderer abverlangt.

Schulen spiegeln wider

Wenn sich laut einer Studie in Nordrhein-Westfalen die Einwohnerschaft schwacher, benachteiligter Gebiete von 650 000 Menschen im Jahr 2013 auf etwa eine Million 2017 erhöhe, habe das erhebliche Konsequenzen für die Schulen. Denn die „wohnräumliche Segregation“ übersetze sich quasi in die Klassenzimmer.

Das lasse sich an den Berliner Stadtbezirken beispielhaft aufzeigen. „In Neukölln, Gropiusstadt und Gesundbrunnen zeigen rund 60 Prozent der Grundschüler man-

gelnde Sprachkenntnisse. Dagegen liegen die Quoten in Steglitz, Lichtenberg oder Prenzlauer Berg deutlich unter zehn Prozent“, führte der Sozialwissenschaftler aus. Dazu kommen nach seinen Worten in Schulen mit hohem Armutsanteil Verhaltensprobleme, die sich unter anderem in Störungen des Unterrichts auswirken.

Privatschulen sieht Helbig als „Symptom der sozialen Spaltung“. Artikel 7 des Grundgesetzes erlaube ausdrücklich, private Schulen mit anerkanntem Abschluss zu errichten. Der Referent mahnte jedoch: „Egal aus welchem Elternhaus ein Kind stammt, Geld darf kein Grund sein, dass ein Kind keine Privatschule besuchen kann.“

Dem entgegenzuwirken, seien gestaffelte Schulgelder vonnöten. Von den 71 privaten Bildungsinstitutionen in Thüringen sähen das immerhin 27 vor. Nicht aber in Hessen und Sachsen. Hier sei man nicht grundgesetzkonform. Grundsätzlich habe sich an der „vertikalen“ Ungleichheit seit dem Zweiten Weltkrieg nicht viel geändert: „Kinder aus unteren sozialen Schichten haben von jeher schlechtere Chancen“, unterstrich er.

Eine wichtige Aufgabe komme daher den Ländern zu. Sie müssen Helbig zufolge „das Grundgesetz umsetzen gegen Spaltung und Ungleichheit“. Lobenswert nannte er „zivilgesellschaftliches Engagement“, das heißt Spenden und Stiftungen von Privatleuten oder Unternehmen in Schulen, Universitäten und weitere Bildungseinrichtungen. „Das entfaltet jedoch leider kaum Breitenwirkung und geht zu meist dorthin, wo schon gute Strukturen vorhanden sind.“